

Da Präsident Li Denghui auf die Forderung des Parlaments nicht eingeht, droht die Opposition, Lians neue Regierung nicht anzuerkennen und die Gesetzgebungsarbeit zu blockieren. Ferner wurde ein Antrag bei der "Großrichter-Konferenz" zur Klärung der Frage eingereicht, ob die zwei Ämter des Vizepräsidenten und Ministerpräsidenten als Personalunion überhaupt verfassungskonform ist. Noch im Wahlkampf für die Präsidentschaftswahl hatte Li Denghui selbst ausgeschlossen, nach einem Wahlsieg Lian neben dem Amt des Vizepräsidenten auch zum Ministerpräsidenten zu ernennen.

Auch die Bevölkerung ist zum großen Teil von der neuen Regierung enttäuscht. Bei einer Meinungsumfrage der ZZ zeigten sich nur 32,7% der Befragten mit der neuen Regierung zufrieden. 57,6% meinen, die Umbesetzungen bei der Regierungsbildung seien nicht korrekt. Besonders für den Wechsel Ma Yingjiu vom Justizminister zum Minister ohne Portfeuille haben viele kein Verständnis, weil er wegen seines energischen Einsatzes für die Bekämpfung von Korruption und organisiertem Verbrechen große Popularität gewonnen hat. Angeblich soll Präsident Li Denghui diese Entscheidung unter Druck derjenigen Abgeordneten getroffen haben, die entweder bestechlich sind oder Beziehungen zu Untergrundgesellschaften haben. (ZZ, 14., 21. und 28.6.96; XXW, 16.-22.6.96, S.16 ff.; LHB, 8.-10., 16., 20. und 24.6.96) -ni-

*(31)

Die zehn beliebtesten Politiker

Einer jüngst in der ZZ (17.5.96) veröffentlichten Meinungsumfrage zufolge ist Ma Yingjiu (Ma Ying-jeou) der beliebteste Politiker in Taiwan. Der ehemalige Justizminister und jetzige Minister ohne Portfeuille hat die Sympathien von 80,6% der Befragten. Ihm folgt der Oberbürgermeister von Taipei, Chen Shuibian, mit einer Zustimmung von 76% der Befragten. Der drittpopulärste Politiker ist der Gouverneur der Provinz Taiwan, Sung Chuyu (James C.Y. Soong), dem 72,1% der Befragten ihre Stimme gaben. Staatspräsident Li Denghui (Lee Teng-hui) erhielt den 4. Platz mit 71,9%. Weiter in der Reihe folgen nach der Skala des Politbarometers der Abgeordnete Xiao Wanchang (Vincent C. Siew) mit 69,7% auf dem 5. Platz, der Generalsekretär des Präsidialamts Wu Boxiong (Wu Poh-hsiung) mit 66,5% auf dem 6., der vorherige Regierungssprecher und jetzige Vertreter Taiwans in Washington, Hu Zhi-

qiang (Jason C. Hu), mit 61,9% auf dem 7. und der vorherige Vorsitzende des Komitees für auslandschinesische Angelegenheiten und jetzige Außenminister, Zhang Xiaoyan (John H. Chang), mit 61,5% auf dem 8. Platz. Ministerpräsident Lian Zhan (Lien Chan) steht mit 58,5% auf dem 9. Platz vor dem letzten der Top-zehn, Wu Dunyi (Wu Den-yih), dem Oberbürgermeister der Hafenstadt Gaoxiong (Kaohsiung), mit 57,2%. Außer Chen Shuibian, der zur Oppositionspartei DPP gehört, sind alle anderen Mitglieder der Regierungspartei KMT. -ni-

*(32)

Staatshaushalt des neuen Fiskaljahres mit Verspätung verabschiedet

In der Nacht zum 5. Juni hat der Legislativ Yuan den Etat der Zentralregierung für das Fiskaljahr 1997 (1. Juli 1996 - 30. Juni 1997) verabschiedet. Es sieht ein Gesamtvolumen der Ausgaben von 1.195,8 Mrd. NT\$ (nach oben abgerundet) und der Einnahmen von 1.014,1 Mrd. NT\$ (rd. 27,7 NT\$ = 1 US\$) vor. Das Defizit in Höhe von 181,7 Mrd. NT\$, was 15,19% der Gesamtausgaben entspricht, soll durch öffentliche Anleihen und den Überschuß des Vorfiskaljahres ausgeglichen werden.

Nach dem Gesetz soll der neue Staatshaushalt vor Ende Mai verabschiedet werden, aber wegen der scharfen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Fraktionen sowie der Präsidentschaftswahl im März d.J. konnte diesmal die Frist nicht eingehalten werden. Schließlich wurde zwischen den Parteien vereinbart, daß die Verzögerung als eine Verlängerung der Sitzung vom 31. März betrachtet werden soll.

Im Gesetzgebungsyuan, der im letzten Dezember neugewählt wurde, verfügt die Regierungspartei z.Z. nur über eine hauchdünne Mehrheit von einer Stimme. Die Opposition hatte vor kurzem im Gemeinsamen Ausschuß den Haushaltsplan der Regierung enorm verändern können, als sie bei einer Sitzung vorübergehend über die Mehrheit der Anwesenden verfügte. Es wurde vor allem der Etat der Nationalversammlung und des Kontroll Yuan ganz gestrichen, ebenfalls die Einnahmen aus dem Verkaufsmonopol von Tabak- und Alkoholwaren. In der Plenarsitzung konnte die Regierungspartei allerdings durch Mobilisierung aller ihrer Abgeordneten die meisten gestrichenen Positionen mit ihrer Mehrheit ganz oder mit mäßigen Kürzungen wiederherstellen. Ganz gestrichen blieben nur noch die Ausgaben

für den Kauf eines Sonderflugzeuges für den Präsidenten (14,3 Mio. US\$) und von Luftabwehrraketen (8,7 Mio. US\$). -ni-

Hongkong und Macau

*(33)

Werbungstour von Lu Ping für Hongkongs Zukunft nach 1997

Der Direktor des Büros für Hongkong und Macau unter dem chinesischen Staatsrat (Regierung), Lu Ping, machte zwischen dem 2. und 19. Juni eine große Asientour, um die Nachbarländer von der Stabilität und Prosperität Hongkongs unter der chinesischen Souveränität nach der Wende 1997 zu überzeugen. Er besuchte Japan, Singapur, Malaysia und Thailand. Zu der von vielen meist besorgt vorgebrachten Frage über die Meinungsfreiheit von Hongkong sagte er vor der Presse in Tokyo, daß die Menschen in Hongkong in Zukunft die chinesische Politik und sogar auch die chinesische Regierung kritisieren könnten. Doch gleichzeitig wurde diese Versicherung relativiert mit der Bemerkung, daß Meinung und Aktion verschiedene Sachen seien. "Es ist in Ordnung, wenn Reporter objektiv berichten. Wenn sie aber für etwas plädieren, dann ist das was ganz anderes. Dies hat mit Pressefreiheit nichts zu tun." Demonstrationen gegen die chinesische Regierung oder Plädoyers für die taiwanische Unabhängigkeit würden in Zukunft in Hongkong nicht erlaubt. (SCMP, 5. und 6.6.96; FAZ, 7.6.96)

In Singapur erklärte Lu, daß Hongkong nach 1997 noch mehr Autonomie als heute genießen werde. Die chinesische Seite werden ein Überwachungsorgan einrichten zur Verhinderung der Einmischung von chinesischer Seite in die Tagespolitik Hongkongs. (SCMP, 12.6.96; DGB, 13.6.96) -ni-

*(34)

Flugverbindung zwischen Hongkong und Taiwan über 1997 hinaus gesichert

Nach zwei Jahre langen zähen Verhandlungen wurde am 13. Juni ein neuer Flugverkehrsvertrag zwischen Hongkong und Taiwan endgültig unterzeichnet, der bis zum Jahr 2001 einschließlich gültig ist. Der alte Vertrag zwischen den zwei führenden Fluggesell-

schaften Cathay Pacific Airlines von Hongkong und China Airlines (CAL) von Taiwan (Hongkong und Taiwan haben keine offiziellen Beziehungen) war Ende April des vorigen Jahres bereits abgelaufen. Da beide Seiten sich bis dahin auf einen neuen Vertrag für weitere fünf Jahre nicht einigen konnten, wurde der alte mehrmals provisorisch verlängert. Hindernisse in den Verhandlungen waren, daß Hongkong zunächst bei Taiwans Bedingungen der Beteiligung weiterer Fluggesellschaften am Vertrag kein Entgegenkommen zeigte und daß die Verlängerung des Vertrages für weitere fünf Jahre im Hinblick auf Hongkongs Rückgabe an China 1997 die Zustimmung Beijings erfordert. Beijing hatte wieder die Absicht, seine Fluggesellschaft in Hongkong CNAC (China National Aviation Corporation) in den Vertrag einzuschließen, was Hongkong und Taiwan jedoch nicht akzeptierten. (Siehe dazu ausführlich C.a., 1995/5, Ü 38)

Ende April kam es zwischen Beijing und Hongkong zu einem Kompromiß. Durch Aktienwerb konnte die CNAC zusammen mit einem anderen chinesischen Unternehmen in Hongkong, der CITIC (China International Trust and Investment Corp.), ihren Anteil an der ursprünglich von den britischen Firmen Cathay/Swire mit Mehrheit kontrollierten zweiten Fluggesellschaft Hongkongs, Dragonair, auf 64% erhöhen und diese in den Flugverkehrsvertrag mit Taiwan aufnehmen. Am 7. Juni hat die Sino-britische Gemeinsame Liaisongruppe den Kompromiß offiziell genehmigt.

Am 17. Oktober 1995 war ein Flugverkehrsvertrag zwischen der Dachorganisation der taiwanesischen Fluggesellschaften, Taipei Airlines Association, und der Air Macau ein Abkommen für fünf Jahre unterzeichnet worden; danach können die Macauer Linienmaschinen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße über Macau fliegen, jedoch mit der Auflage, daß sie bei der Zwischenlandung in Macau ihre Flugnummer ändern müssen. Denn Taiwan verbietet immer noch eine direkte Verkehrsverbindung mit dem chinesischen Festland. Im neuen Flugverkehrsvertrag zwischen den Fluggesellschaften von Hongkong und Taiwan wird der Dragonair gleiches Recht wie für Air Macau eingeräumt, die zu 51% Beijings staatlicher Fluggesellschaft Air China gehört. (FCJ, 22.6.96; ZYRB und LHB, 14.6.96; SCMP, 30.4. und 14.6.96; DGB, 15.6.96) -ni-

Oskar Weggel

Deutsche Chinapolitik

- Überlegungen im Zeichen der Krise -

Gliederung

- 1 Drei aktuelle Anlässe
 - 1.1 Der Schiffbruch der Münchener China-Tage
 - 1.2 Das Tibet-Forum der Friedrich-Naumann-Stiftung
 - 1.3 Die Tibet-Tagung des Parlaments und die Ausladung des deutschen Außenministers
- 2 Drei Fragen zur deutschen Chinapolitik
 - 2.1 Gründe für die harsche Reaktion der chinesischen Regierung
 - 2.1.1 Verunsicherung der dritten Führungsgeneration
 - 2.1.2 Schwierigkeiten, mit pluralistischem "Chaos" zurechtzukommen
 - 2.1.3 Verschiedenheiten in der politischen Kultur
 - 2.1.3.1 Guanxi
 - 2.1.3.2 "Gesicht"
 - 2.1.2.3 Harmonie
 - 2.2 Schließen offizielle Beziehungen und Menschenrechtsappelle einander aus?
 - 2.2.1 Deutsche Erfahrungen mit dem früheren Ostblock: es gibt keine Unbeweglichkeit!
 - 2.2.2 Erfahrungen mit China: Beijing ist beeinflussbar!
 - 2.2.3 Gefordert: eine verlässliche Richtungsentscheidung Bonns zwischen drei Optionen
 - 2.2.4 Annäherung und Menschenrechte: kein Entweder/Oder, sondern ein Sowohl/Als auch
 - 2.3 Wie tief reichen die Auswirkungen von bilateralen Krisen?
 - 2.3.1 Parzellierungstendenzen in der Außenpolitik Beijings
 - 2.3.2 Getrennte Wege von Politik und Wirtschaft
 - 2.3.3 Ein Maximum an Psychologie bei einem Minimum an Risiken

1 Drei aktuelle Anlässe

Drei Ereignisse haben in kumuliertem Zusammenwirken dazu geführt, daß die deutsch-chinesischen Beziehungen Mitte 1996 einen neuen Tiefpunkt erreicht haben.

1.1 Der Schiffbruch der Münchener China-Tage

Da waren erstens Auseinandersetzungen um die von der Stadt München, dem Goethe-Institut und dem Münchner Beck-Forum geplanten deutsch-chinesischen Kulturwochen in München. Nachdem die Chinesen erfahren hatten, daß